

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Ost- u. West- u. Berlin 2,50 M., bei direkter Postzahlung ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Postband 1,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6. Schiffbauerdamm 19 III. Verlagsdirektor: Ami Norden 2893 und 2896.

Interate sollen die abbestellte. Nonpare-Bezüge oder deren Name 75 Pf., „Meine Tage“ das freigebrachte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Teuerungszuschlag 50 %. Bei Familien- und Veranlassungen 50 % erm. fällt der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6. Schiffbauerdamm 19. Verlagsdirektor: Ami Norden 2893.

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Dienstag, den 4. Februar 1919

Nummer 61

Kritische Lage an der Wasserläute.

Die Lage in Bremen.

Die Situation in Bremen ist noch immer kritisch, da die Regierung auch die weitgehenden entgegenkommenden Vorschläge der Bremer Arbeiterschaft als ungenügend befunden hat. Sie hat ein neues Ultimatum gestellt, das folgenden Wortlaut hat:

„Der Bremer Rat der Volksbeauftragten tritt sofort zurück. Es wird im Laufe des Montag eine neue Bremer Regierung gebildet auf Grund des Stimmverhältnisses der Nationalratswahlen. Ablieferung der Waffen hat sofort nach Zusammentritt der neuen Regierung zu erfolgen. Diefelben sind an die Division Gerstenberg abzuliefern. Sind diese Bedingungen einwandfrei erfüllt, wird die Division Gerstenberg Bremen nicht besetzen.“ Reichsregierung.“

Es braucht nicht erst länger ausgeführt zu werden, daß die Art und Weise, wie die Regierung mit der Arbeiterschaft verhandelt, wie sie immer neue Erpressungen in ultimativer Form stellt, die die Absicht der Demütigung haben, erstickend und provozierend wirken muß.

Glücklicherweise lassen sich die Bremer Arbeiter nicht provozieren. Der Rat der Volksbeauftragten in Bremen sowie die Vertreter der Hamburger und Bremerhavener Tubben haben einstimmig folgende Resolution angenommen:

1. Rücktritt der jetzigen bremischen Regierung und Bildung einer neuen Regierung, die paritätisch zusammengesetzt ist, unter Mitwirkung aller sozialistischen Parteien, nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen zur Wahl des N. und S. Rates.
2. Die bewaffneten Arbeiter erklären sich bereit, die Waffen abzugeben an die einrückenden Hamburger und Bremerhavener Truppen, die alsdann die Sicherung Bremens übernehmen und den Sicherheitsdienst organisieren.
3. Die Division Gerstenberg verpflichtet sich in den jetzigen Stellungen zu verbleiben und den Einmarsch der Hamburger und Bremerhavener Truppen nicht zu behindern. Nach dem Einmarsch dieser Truppen rückt die Division Gerstenberg ab.

An der Vollziehung des N. und S. Rates wurde diese Resolution einstimmig angenommen. Der Rat der Volksbeauftragten landete hierüber ein Telegramm an die Berliner Regierung und sprach dabei die Erwartung aus, daß namentlich die Einstellung der gegen Bremen gerichteten Aktion und die sofortige Rückziehung der Division Gerstenberg erfolge.

Diese Erwartung ist wohl durchaus berechtigt. Die Forderungen der Reichsregierung sind sachlich völlig erfüllt. Die einzige Differenz besteht nur noch darin, wem die Waffen auszuliefern sind. Daß nun diese Frage ein Gemetzel angerichtet, die Truppen gegen die Arbeiterschaft marschieren sollten, das können wir nicht einmal der Regierung Ebert-Scheidemann-Röcke antzauen. Ist es doch ohnehin mehr als arg, daß der Konflikt nicht schon beigelegt worden war, nachdem die Bremer Arbeiterschaft bereits am 2. Februar der Entwaffnung zugestimmt hat. Dabei muß nochmals festgehalten werden, daß von einer Kubestörung in Bremen in der letzten Zeit überhaupt nicht gesprochen werden konnte, und daß die Ausfahrt der Lebensmittelschiffe nicht in Frage stand.

Wenn der „Vorwärts“ behauptet, daß eine Gefahr für die Lebensmittelfuhr wiederholt besteht und Eingriffe in die Lebensmittelbestände wiederholt vorgekommen sind, so ist das unrichtig. Lebensmittelbestände sind in Bremen weder von dem N. und S. Rat noch von den Hafenarbeitern angegriffen worden. Noch in der vergangenen Woche haben sich angelehene Bremer Einfuhrfirmen bei der Reichsleitung dafür verwendet, daß die Lebensmittelbestände von Amerika nach Bremen geleitet werden, da eine Gefahr für sie in keiner Weise zu befürchten sei. Im Gegenteil, da die Befehle des Schiffsverkehrs den Arbeitern Beschäftigung bringen, da dadurch eine wesentliche Beruhigung der Arbeiterschaft eintreten werde.

Wie die militärischen Dinge in Bremen liegen, ist zur Stunde noch nicht geklärt. Die Arbeiterschaft beharrt darauf, ihre Waffen lediglich in der Kaserne des 75. Infanterie-Regiments niederzulegen. Niemals will sie sie an die Division Gerstenberg abgeben, deren Einrückung in Bremen unter keinen Umständen erfolgen

soll. Der Hamburger Soldatenrat hat sich, wie schon gemeldet, mit der Bremer Arbeiterschaft solidarisch erklärt. Im Bereich des 9. Armeekorps ist die erhöhte Warmbereitschaft angeordnet worden, um einem weiteren Vorrücken der Division Gerstenberg rechtzeitig entgegenzutreten zu können.

Trotz des Waffenstillstandes ist es am Sonntag und auch gestern vormittag zu kleinen Plänkeln zwischen den Arbeitern und den Regierungstruppen gekommen. In Semelingen wurde ein Unteroffizier und ein Matrose der Regierung verhaftet, die in den Ort eingedrungen waren. In der Nähe von Jna nahmen die bewaffneten Arbeiter einen Leutnant und 9 Mann gefangen, die als Vorposten in einem Bauernhaus untergebracht waren. Auch Maschinengewehre sind den Arbeitern in die Hände gefallen. Die revolutionären Arbeiter sind über das Vorgehen der Regierungstruppen empört. Sie haben festgestellt, daß trotz der Vereinbarungen die Regierungstruppen ihren Vormarsch nicht unbehindert einleiten können.

Am Montag früh kam es am Lehesten Delsch zu einem blutigen Zusammenstoß. Bewaffnete Arbeiter gingen gegen eine Feldwache vor, dabei fielen auf Bremer Seite fünf, auf Seite der Regierungstruppe zwei Mann. Ebenso ist eine Anzahl Verwundeter zu beklagen. Auf den größeren Werken ruhte am Montag die Arbeit vollständig. Die Abwehrmaßnahmen der Arbeiter sind bei Tag und Nacht fortgesetzt worden. Wie es heißt, soll auch in Bremen das Bürgerturn der Division Gerstenberg in großen Scharen einströmen. Durch Befangenensandlagen konnten die Bremer Arbeiter erfahren, daß es in der Division Gerstenberg teilweise zu Dienstverweigerungen gekommen ist. Der Division sollen über 10 000 Mann zur Verfügung stehen.

Hamburg, 3. Februar. Wie die „Hamburger Volkszeitung“ meldet, ist in Hamburg in Ausführung der am Sonnabend gefassten Beschlüsse des großen Arbeiterrates alles getan, um die Bewaffnung des Proletariats vorzubereiten. Der Hafen und die Anwerkschiffe sind durch verstärkte Wachen besetzt worden. Die am Hafen liegenden, mehrere Millionen Wert darstellende Lebensmittelmagazine wurden vom Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat besetzt und werden hart bewacht. Auf der Vulkanwerft mußten wegen Kohlenmangel heute morgen zwei Drittel der Arbeiterschaft zurückgeschickt werden. Daraufhin beschloßen auch die übrigen, nicht zu arbeiten, sie veranstalteten mittags eine Demonstration zugunsten Bremens vor dem Rathaus und zogen nach dem Gewerkschaftshaus, wo der Soldatenrat in Fernanzenz tagt.

Bremen, 3. Februar. Stadt und Bevölkerung stehen seit gestern unter dem Eindruck der politischen Ereignisse und der vor den Toren der Stadt liegenden Division Gerstenberg. Autos mit Bewaffneten, Gewehren und Maschinengewehren und Munition durchziehen Tag und Nacht die Stadt, deren Verkehr sich im allgemeinen in Ruhe und Ordnung abwickelt. Der Straßenverkehr war nur vormittags auf kurze Zeit unterbrochen. Ein besonders lebhaftes Bild trug das Innere der Stadt, speziell der Marktplatz, wo im Rathaus die Einteilung der Bewaffneten zu den einzelnen Wachabteilungen stattfand. Infolge von Ansammlung größerer Volksmassen wurde derselbe bisher zeitweise abgesperrt, in mehreren Schulen fiel der Unterricht aus, in mehreren Großbetrieben ruhte die Arbeit ganz oder teilweise, so bei der Aktiengesellschaft „Weser“ und auch an den Erdbauwerken; bei den Grun- und Bauwerken wurde beschlossen, die Arbeit fortzusetzen. Heute abend um 6 Uhr fanden im Casino, den Zentralhallen und in der Nähe vom Rat der Volksbeauftragten einberufene Massenversammlungen statt.

Weimar.

In Weimar ist es beim Einrücken der Regierungstruppen zu Konflikten mit dem dortigen Arbeiter- und Soldatenrat gekommen. Die vorausgeschickten Quartiermacher wurden am Sonnabend entwaffnet. Im Laufe des Sonntags sind in Weimar größere Truppenverbände eingetroffen, die die Rückgabe der Waffen durchgeführt haben. Ansehend ist der Weimarer Arbeiter- und Soldatenrat durch rigoroses Vorgehen der Regierungstruppen zu seiner Mahnahme herausgefordert worden. Inzwischen haben sich weitere Vorfälle nicht mehr ereignet. Die Regierungstruppen haben die umliegenden Dörfer durch starke Kräfte besetzt. Artillerie, darunter vier schwere Geschütze, ist im Anmarsch. Unter dem Schutze dieser freigelegten Kampfmittel wird die Nationalversammlung unbehindert tagen können.

Kolonial-Fanfaren.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Brockdorff-Rantzau hat dem Berliner Vertreter der „Chicago Daily News“ in längeren Ausführungen seinen Standpunkt zur Kolonialfrage darzulegen. Der Staatssekretär wendet sich energisch gegen die angeblich geplante Verteilung der deutschen Kolonien unter die Mächte der Entente und tritt für eine Rückgabe der Kolonialbesitzungen an Deutschland ein, wobei er die deutsche Kolonialverwaltung zu rechtfertigen sucht mit dem Hinweis auf die noch größeren Fehler der Kolonialpolitik anderer Mächte. Als Zukunftsprogramm deutscher Kolonialpolitik erklärt Graf Brockdorff-Rantzau zum Schluß:

„Nicht das ist das Ziel der deutschen Kolonialpolitik, daß alle Kolonien tropischen Charakters unmittelbar unter einer internationalen Regierungsgewalt gestellt werden; vielmehr erscheint auch eine angemessene Forderung der Selbstbestimmung der Völker und Nationen zur Verwaltung unter eigener Verantwortung als die bessere Lösung. Ueber die Verwaltung der einzelnen Staaten muß aber eine Kontrollkommission des Völkerbundes stehen, die dem harten Ausbeuterinteresse des Mutterlandes das Menschheitsinteresse einer wohlwollenden Behandlung der eingeborenen Bevölkerung gegenüberstellt.“

Ein ähnliches Kolonialprogramm in demagogisch ausgearbeiteter Form entwickelte am Sonntag nachmittags in einer großen Rede der wandlungsfähige Herr Eraberger in einer Rassenkundgebung in der Völkharmonie. Dieser Protest gegen den Raub der deutschen Kolonien war auch dazu ansetzend, imperialistische und nationalistische Instinkte aufzuspüren, weshalb natürlich auch Staatssekretär a. D. Dernburg, der Vater der Völkharmonie von 1907, nicht fehlen durfte. Seine zohme Kritik am deutschen Kolonialaffektismus fand aber bereits lörmenden Widerpruch der verarmten Mitlieder und Anhänger deutscher Kolonialgesellschaften und Missionsvereinigungen. Charakteristisch für den Geist der Erabergerischen Ausführungen ist sein Appell an das deutsche Volk, überall Aunabdingen zu veranlassen, um sein Recht auf koloniale Verteilung zu fordern. Eraberger formulierte sein Programm in folgenden Sätzen:

„Die Internationalisierung der Kolonialfrage ist keine Lösung. Etwas anderes ist es, Afrika und die Kolonien zu neuerschaffen, nachdem eine gerechte Verteilung der Gebiete vorgenommen ist. Das liegt im deutschen Sinn, daß Afrika, der dankte Erdteil, zum Erdteil des ewigen Friedens werde, damit niemals wieder die Kriegesflamme in dieses Land fällt und seine Söhne, die Kinder der Menschheit, vor das mörderische Maschinengewehrfener getrieben werden. Wir haben ein Recht auf koloniale Besitz und koloniale Verteilung, ein natürliches Recht wie jedes andere Volk, eine göttliche Pflicht, und an der Erziehung der Menschheit zu beteiligen, ein von Wilson und allen Alliierten verdrängtes Recht, das nicht gekündigt werden darf. Wir kämpfen vor dem Kriegeskolonialbesitz schon längst nicht in dem Maße und Umfang, als er der Größe unseres Volkes und seinem Anspruch entsprach; man will ihn uns jetzt rauben.“

Aber man läusche sich nicht; der Raub in Paris bringt kein Glück für die Welt, er ist der Raub des Lebens des Völkerbundes. Darum muß unser Volk sich wie ein Mann erheben und einen ehrlichen Protest einlegen, den man an der Seine, an der Thonse und in Washington hört und beachtet.“

Die Gerechtigkeit allein ist der Vorkämpfer des Weltfriedens. Die Gerechtigkeit fordert: Deutschland vom Kolonialbesitz nicht auszuschließen, sondern ihm Raum zur erfolgreichen kolonialen Verteilung zu geben. Mein Raub- und Sorgenruf ist: Deutsches Volk erwache, ehe es zu spät ist!“

Interessant war die Mitteilung, daß der Volksbeauftragte R o s e verhindert sei, daß er sich aber für die Rückgewinnung der deutschen Kolonien ausgesprochen hätte. Die Mehrheitssozialisten haben ja in Würzburg offen ihre Kapitulation vor der bürgerlichen Kolonialpolitik bekannt und Artikel in der „Neuen Zeit“ zeigen, daß sie auch nach der Revolution an diesem Umturnen festhalten. Um so notwendiger ist es, daß wir das alte internationale Programm von Stuttgart gegen jede kapitalistische Kolonialpolitik verteidigen und alle die Zwangsgründe angeblicher Notwendigkeit, Kulturpolitik, Erziehung niedriger Klassen usw. jetzt wie vor dem Kriege bekämpfen und alle Profitvorwände enttöhlen.

Die Prozesse in Moabit.

Angemessen dieser neuen Kolonialpropaganda muß die Sozialdemokratie ihre Stellung zur Kolonialpolitik im allgemeinen und zu der Deutschlands insbesondere klar betonen. Wir lehnen die kapitalistische Kolonialpolitik mit ihren verheerenden Wirkungen auf tropische Abenteurerkolonien grundsätzlich ab und klammern uns nicht darum, ob England oder Deutschland der Träger dieser Ausbeutung ist. Wir bekämpfen die Kolonialpolitik von internationalem und proletarischem Gesichtspunkt und sehen daher nicht nur die Fehler fremder Regierungen. Unser Programm muß daher lauten: Internationalisierung der Kolonien, und vor allem Ausbau der Selbstverwaltung der Eingeborenen, Schluß der Ureinwohner und ihres Eigentums vor Ausbeutung und Ausbeutung. Diese Ueberleitung vom Kolonialbesitz zur selbständigen Verwaltung ist nach dem Kriege um so notwendiger, da, wie auch Graf Brodowski-Rothmann betonte, der Einfluß Nordamerikas auf die afrikanischen Kolonien wächst. Die Beziehungen der Regier der Vereinigten Staaten zu ihren Stammesbrüdern im schwarzen Erdteil werden lebhafter und vielseitiger, während andererseits durch den Weltkrieg die Stellung aller europäischen Staaten in den Kolonien sehr gelitten hat. Der Einfluß der Missionen der europäischen Verwaltung, die Achtung vor der europäischen Kultur sind sehr vermindert, während die Selbstständigkeitsbestrebungen der Eingeborenen an Bedeutung gewonnen haben.

Bei dieser Lage kann es nicht die Aufgabe der Arbeiterklasse sein, nationalistische Kolonialbestrebungen voranzutreiben und auf alle die schönen Redensarten von deutscher Kultur und Erziehung in den Kolonien hereinzufallen. Die Sozialisten können allerdings ebenso wenig die Verteilungspolitik herrschender Kreise der Entente billigen, die den Krieg zum Vorwand der Vergrößerung ihres Kolonialbesitzes ausnützen wollen. Gegen beide Extreme, Nationalismus im eigenen Land und dem Imperialismus der Weltmächte muß die sozialistische Arbeiterklasse ihr Kolonialprogramm, internationale Befreiung der Eingeborenen, erneut energisch vertreten und sie kann dabei auf die Hilfe ihrer Klassenossen auch in den Ententestaaten hoffen.

Beifschleppung der Einigungsverhandlungen.

Wir veröffentlichten in der Nr. 41 vom 24. Januar ein Verhandlungsprogramm, eingereicht an den Zentralrat der U. v. d. M. Deutschlands, das als Unterlage zu weiteren eventuellen Verhandlungen aus den letzten Revolutionen dienen sollte, um eine eventuelle Plattform für die Einigung des gesamten revolutionären Proletariats zu schaffen. Suggestiv war, daß von der Verwaltung der Wahlvereine E. v. D. Berlin gleichfalls ein Verhandlungsprogramm baldmöglichst eingereicht werde. Auf unsere Einseitigkeit ist uns nun unter dem 30. Januar folgende Mitteilung des Zentralrats zugeflossen, welche mit dem Kommentar der Öffentlichkeit übergeben.

Der Zentralrat des Bundes sozialdemokratischer Wahlvereine E. v. D. Berlin.
I. 538. Berlin, den 29. Januar 19.

Im den Zentralrat der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Der Zentralrat hat Ihr Schreiben vom 24. Januar mit dem beigefügten Verhandlungsprogramm erhalten. Der Zentralrat glaubt indes nicht mehr in der Lage zu sein, so kurz vor dem Erscheinen seines Mandats in dieser Frage noch verhandeln zu lassen. Er empfiehlt vielmehr, diese Verhandlungen von Partei zu Partei zu führen, da sie ja auch nur in diesem Falle erfolgreich sein können.

Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschland.

Zur Konferenz der Armeezentralräte.

Heute tritt im Herrenhause eine Konferenz der Zentralräte aller Armeekorps zusammen, die am 1. d. M. vom Zentralrat telegraphisch einberufen worden ist. Gegenstand der Verhandlungen soll der Gehobentwurf betreffend die Neuordnung der Kommandogewalt sein.

Es berührt eigenartig, daß eine so wichtige Besprechung so überhastet einberufen worden ist. Seit etwa zwei Wochen beschäftigt die Frage der Neuordnung der Kommandogewalt unangekündigt die Soldatenmassen im ganzen Reich. In zahlreichen Kundgebungen haben die Soldatenräte gegen den Erlaß des Kriegsministers über die Kommandogewalt Stellung genommen und von der Regierung verlangt, daß sie sich auf den Boden der Beschlüsse des Nationalrates stelle, statt die Übertragung der Soldatenräte systematisch zu fördern. Der Zentralrat, als oberstes Organ des Nationalrates, wäre schon längst verpflichtet gewesen, wenn er selbst nicht in der Lage war, den Beschlüssen des Nationalrates Geltung zu verschaffen, an seine Anfragegeber zu appellieren, um gemeinsam mit ihnen den Angriff gegen die Exzesse der Soldatenräte abzuwehren. Der Zentralrat hat das nicht getan. Er hat auch in dieser Frage völlig passiv agiert und es geduldet, daß der alte preussische Militarismus in neuen Formen wieder aufstanden ist. Jetzt hat er, ohne den Soldatenräten Gelegenheit zu geben, zu der Besprechung Stellung zu nehmen, eine Konferenz der Zentralräte aller Armeekorps zusammenzurufen. Was für ein Zweck hierbei verfolgt wird, wird sich ja auf der Konferenz erweisen. Jedenfalls muß schon jetzt gesagt werden, daß diese Konferenz nicht zuständig ist, bindende Beschlüsse für alle Soldatenräte zu fassen. Die Frage der Neuordnung der Kommandogewalt gehört mit auf den allgemeinen Kongress der U. v. d. M. E. v. D., dessen Einberufung vor einigen Tagen von der Vollversammlung der Groß-Berliner U. v. d. M. E. v. D. gefordert wurde.

Wir zweifeln nicht, daß auf der heute begonnenen Konferenz dieser Standpunkt in entschiedenster Weise zur Geltung kommt und daß dem Zentralrat von den Vertretern der Armeekorps mit aller Klarheit gesagt wird, wie die Soldaten im Reich über seine mehr als laurige Rolle denken.

Die Verhaftungswal.

Montagabend wurde Hauptmann v. Beezfelds auf mündlichen Befehl der republikanischen Schutztruppe, E. v. Reichsberg, durch Soldaten und Beamte verhaftet. Beezfelds war bereits vor circa 2 Wochen durch die Garde-Kavallerie-Ersatz-Regiment verhaftet und von der Staatsanwaltschaft nach fünfjähriger Haft ohne jede Vernehmung freigelassen.

Die Soldaten und Beamten wurden durch den herbeigerufenen

In Moabit haben gestern die Prozesse gegen die Teilnehmer an der revolutionären Erhebung in der Januarwoche begonnen. Die Prozesse werden sich mehrere Wochen hinziehen, da etwa 70 Angeklagte abzurufen sind.

Der erste Verhandlungstag hat bewiesen, daß das Gericht auf den Standpunkt des geschriebenen Rechts steht. Es hat sich nicht die Anführungen der Verteidiger an eigenem Recht, die darauf hinwies, daß die Revolution ihre eigenen Gesetze habe. So werden wir das wunderbare Schauspiel erleben, daß in den nächsten Wochen Tag für Tag Männer zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt werden, die weiter nichts getan haben, als das, was in den Novembertagen der Revolution in ganz Deutschland geschehen ist.

Den Angeklagten wird vorgeworfen, sich in Haufen zusammengetrottel, Waffen angeeignet und in Häuser eingebrochen zu sein. Wegen diese Vergehen sieht das Gericht schwere Strafen vor. Es steht aber fest, daß auch Scheidemann am 9. November sich unter ein solches zusammengetrotteltes Haus gestellt und vom Reichstag aus die Republik ausgerufen hat.

Der Arbeiter Koste ist extra nach Kiel gefahren, um sich dort unter die Zusammengetrottelten zu begeben, sich von ihnen als Gouverneur ausruhen zu lassen und die hergebrachten Gesetze zu brechen. Er hat dies allerdings auf seine Art getan. Aber die Zusammengetrottelten waren ihm jedenfalls gut genug als Sprungbrett für seinen Aufstieg.

Was den Herren der jetzigen sozialistischen Regierung zu ihrem Posten verholfen hat, ist recht einfach, wie sie die Macht besitzen, zu einem Verbrecher geworden. Die Verteidiger, Genosse Rosenfeld und Genosse Weinberg, haben auf diesen Widerspruch hingewiesen. Aber sie vermochten es nicht, das Gericht entsprechend zu beeinflussen.

Der erste Verhandlungstag hat uns bereits bewiesen, daß die Angeklagten keine Verbrecher sind, sondern von einem hohen Ideal besetzte Männer. Prangenberg, der erste Angeklagte, hatte keinen Verteidiger. Er verstand es trotzdem, das Gericht auf das Widerwiderspruch der Anklage zu verweisen. Er sprach sich durchaus männlich und sagte den Richtern, daß sie nicht glauben sollten, die Revolution sei schon tot. Ebenso war die Art, wie der angeklagte Student Koste sich verteidigte, äußerst spannend. Vor der Geschichte stehen die Angeklagten heute schon rein da. Möge das Gericht in Moabit wachen, wie es will: die Regierung Ebert-Scheidemann, die diese Prozesse inszeniert hat, wird am Ende nicht geläutert dastehen.

Der weitere Verlauf der revolutionären Bewegung wird ebenso über ihre Köpfe hinweggehen, wie diese Bewegung am 9. November gegen ihren Willen ausbrach. Die Geschichte wird den Angeklagten das Recht zuerkennen, daß sie heute vor bürgerlichen Gerichten nicht stehen. Und der Gang der Ereignisse wird um so schneller sein, wenn die revolutionäre Arbeiterklasse nicht müde wird, aus den Läten der Scheidemann-Regierung zu lernen. Die Prozesse in Moabit werden viel zur Erhellung der politischen Lage beitragen können.

Bot der 8. Strafkammer.

Als erster betrat ein 17-jähriger Schüler die Anklagebank, der sich verdächtig gemacht hat, am 8. Januar an Zusammenstellungen teilgenommen und auf Regierungstruppen geschossen zu haben. Die Verhandlung ergab, daß er sich am 7. Januar im Reichstag für die Regierungstruppe hat anwerben lassen, um gegen Spartakus zu kämpfen, obwohl er nicht Soldat gewesen ist und sich den Gehauch des Gewehrs erst hat erklären lassen müssen. Für diese Verletzung staatsverfälschender Gesinnung hat der junge Mann, der erst katholischer Priester werden wollte, eine dreimonatliche Untersuchungshaft über sich ergehen lassen müssen. Das Gericht ließ sich von seiner Schuldlosigkeit überzeugen und sprach ihn frei.

Sodann erschien der Student der Nationalökonomie Heinrich Appel, der zur Befragung des Hofgebäudes (nicht des „Gewächshaus“, wie im gelassenen Aktenstück irrtümlich gemeldet wurde) gehörte, um sich wegen Aufruhrs, Landfriedensbruch usw. vor dem Landgericht zu verantworten. Vor Eintritt in die Verhandlung beantragte Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld, einer der Verteidiger des Angeklagten, das Verfahren einzustellen, da laut einem zwischen der Hofbefragung und der Regierung abgeschlossenen Verträge die Befragungsmannschaften als Kriegsgefangene zu betrachten sind und als solche nicht bestraft werden dürfen. Eventuell seien die Volksbeauftragten Ebert und Scheidemann als Mitunterzeichner des Schriftstückes zu laden. Dieser Antrag der Verteidigung wird abgelehnt.

Rechtsbeistand Dr. Voensheim darauf hingewiesen, daß eine Verhaftung nur durch das Gericht oder die Staatsanwaltschaft erfolgen könne, und daß das hier angewandte Verfahren ungesetzlich sei. Von der Verhaftung wurde daraufhin vorläufig Abstand genommen. Beezfelds hat sich sofort telegraphisch der allein zuständigen Behörde, der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt. Beezfelds ist nicht bekannt, wessen er beschuldigt wird.

Unabhängige Wahlen in Sachsen und Neuch.

Dresden, 4. Februar. Das Wahlergebnis aus dem Wahlkreis Ostachsen (Dresden) ist das folgende: Mehrheitssozialisten 877 415 Stimmen, Demokraten 102 847, Unabhängige 50 192, Deutsche Volkspartei 60 064, Christliche Volkspartei 16 283, Deutsch-national. Volksp. 117 068 Stimmen.

Im Wahlkreis Nordwestachsen (Leipzig) erhielten Mehrheitssozialisten 95 182, Sozialdemokraten 158 015, Unabhängige 218 445, Deutschnational. Volkspartei 73 410 und Christl. Volksp. 2501 Stimmen. Im Wahlkreis Südwestachsen (Chemnitz) erhielten Mehrheitssozialisten 416 457, Sozialdemokr. 173 295, Sozialnational. 112 033, Unabhängige 78 790 und Zentrum 2623 Stimmen. Das Ergebnis aus dem Wahlkreis Südwestachsen ist vollständig, während aus Ost- und Nordwestachsen noch einige kleine Orte fehlen, die aber am Gesamtergebnis nichts mehr ändern.

Dieses Ergebnis ist für die Unabhängigen Sozialdemokratie sehr ermutlich. Bei einem allgemeinen Rückgang der Wahlbeteiligung hat sie ihre Stimmenzahl um etwa 5 Prozent steigern können, während die Stimmenzahl der Mehrheitssozialisten um über 220 000, das ist etwa ein Fünftel ihrer bisherigen Stimmenzahl, zurückgegangen ist. In der Stadt Dresden haben sie nicht weniger als 33 000 Stimmen verloren, während die Unabhängigen 1200 Stimmen gewonnen haben.

Der Angeklagte Appel, Sohn eines evangelischen Geistlichen und ehemaliger Kriegsteilnehmer, legt nun die Worte dar, die ihn dazu bewegen, sich an den Kämpfen bei Moabit zu beteiligen. Als Sozialist auf Grund wissenschaftlicher Ueberzeugung kam er im Dezember 1918 im besetzten Gebiet am Niederrhein mit belgischen und englischen Soldaten zusammen, die als Sozialisten die deutsche Revolution nur als Säe in Revolution bezeichnen, so lange kompromittierte Persönlichkeiten an der Spitze händen. Ebenso hat der Angeklagte aus Gesprächen mit belgischen Bergarbeitern den Eindruck gewonnen, daß die Arbeit in dem Moment wieder aufgenommen werden würde, sobald die Regierung ernstlich die Sozialisierung der Bergwerke in Angriff nehmen würde. Nur die Ueberzeugung des Volkes und das Interesse, andere Männer an die Regierung zu bekommen, hat ihn bewegen, sich am 7. Januar abends dem Berliner Polizeipräsidium zur Verfügung zu stellen, von wo aus er zu Moabit geschickt wurde. Ihm kam es nicht darauf an, mit der Waffe zu kämpfen, wozu ihn ein Lungenerleiden schon hinderte, sondern als Schreiber unter der Befehlsführung für die U. v. d. M. Propaganda zu machen.

Mit 14 Mann blieb er am Tage der Einnahme durch die Regierungstruppen im Gebäude, um das vorhandene Sanitätspersonal zu schützen, und doch am Tage vorher zwei Sanitäter auf der Straße verhaftet und einer von ihnen von Regierungssoldaten erschlagen worden.

Der Angeklagte betont noch einmal, daß er nicht glaubte, sich strafbar zu machen, da doch durch den Vertrag mit dem Befehlshaberkommandanten Trede die Befehlsführung als Kriegsverbrechen anerkannt worden ist, indem der Vertrag eine Verteilung des Sicherheitsdienstes auf den angrenzenden Straßen unter beiden Parteien mit gleichen Rechten voraussetzt. Verteidiger Dr. Rosenfeld sagte dem hina, daß der Kommandant Koste durch Abschluß dieses Vertrages ein Teil seiner Macht an die Hofbefragung abgab. — Der Antrag des Verteidigers Dr. Weinberg, die Kommandanten Koste und Kubitz als Zeugen zu laden, wird abgelehnt.

Der Staatsanwalt hält in seiner Urteilsbegründung die Defekte des Auftrages für gewisslos festgehalten, auf die beiden Verweigerungen darf es heute nicht ankommen, ebenso schärfen politische Erwägungen hier aus. Er beantragt ein Jahr Gefängnis.

Verteidiger Dr. Rosenfeld: Man wird diesem Fall wenig gerecht, wenn man ihn aus dem großen weltgeschichtlichen Rahmen herausnimmt. Revolutionen sind nicht in wenigen Monaten durchzuführen, wir können nicht heute schon, wo die Revolution noch nicht zum Abschluß gekommen ist, einem Mann wie dem Angeklagten Appel mit juristischen Argumenten gerecht werden. Er hat das Beste getan, was andere vorher am 9. November getan haben, indem er Ebert und Scheidemann an die Spitze gestellt haben. Der Verteidiger sieht dann geschichtliche Parallelen mit dem Prozeß von Karl Marx vor den Wiener Geschworenengerichten. Wie damals liegt der Kampf zwischen zwei Staatsgewalten weder im Bereich des allgemeinen Rechts noch des Strafrechts. Revolution bleibt Revolution, ob sie von einem Staatsmann gemacht wird oder von einem Kesselflicker. Da der Befehlshaberzustand nicht vorliegt, war Koste vom streng juristischen Standpunkt nicht bestraft, das Hofgebäude zur Uebergabe zu zwingen. Dem Angeklagten fehlte das Bewußtsein der Maßlosigkeit. Die Revolution vom 9. November unterscheidet sich von der am 6. Januar nur dadurch, daß erstere Erfolg hatte, letztere nicht! Wie sehr in Bremen hätte damals durch Verhandlung das Blutvergießen vermieden werden können!

Verteidiger Dr. Weinberg: Neben die heute zur Verhandlung stehenden Taten wird nur die Geschichte ihr Urteil abgeben können. Der Verteidiger gibt auch historische Reminiscenzen, die dazu zwingen, wegen Lebens des subjektiven Tatbestandes den Angeklagten freizusprechen. Nachdem am 6. Januar die Gebäude befreit wurden, begannen schon am 6. Verhandlungen der revolutionären Kreise mit der Regierung. Es ist nicht die Schuld des Angeklagten, daß sich die Verhältnisse derzeit angepaßt haben. — Das Gericht erkannte noch längerer Verurteilung auf ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung der 3 Wochen Untersuchungshaft. — Der Antrag auf Haftentlassung des Angeklagten — er ist verheiratet, auf Grund seines Lungenerlebens 60 Prozent erwerbsunfähig — wird gegen den Einspruch des Staatsanwaltes angenommen.

Es kam dann der Fall des Heizers Friedrich Witzger aus Spandau zur Beurteilung, der wegen derselben Vergehen wie der Angeklagte Appel zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Er gebete ebenfalls zur Haftbefreiung. Durch die Zeugenaussage des Redakteurs Bloch vom „Berliner Tageblatt“ wurde dokumentiert, daß die führenden Leute der Hofbefragung trotz ihrer politischen Anschauungen ausländische Wünsche gewesen sind, die nur von den ersten Motiven geleitet waren. Zum Schluß holten sich Gebüder Fried aus Pilsenberg gegenüber der Anklage zu verantworten, sich unbequem einem bewaffneten Hausen anzuschließen zu haben. Das Gericht erkannte gegen Fried auf 3 Monate, gegen Witzger auf 6 Wochen Gefängnis.

Nach den vorläufigen nichtamtlichen Meldungen sind bei den sächsischen Wahlen zur sächsischen Volkskommission noch einer unverbundenen Berechnung insgesamt gewählt worden: 40 Sozialdemokraten, 21 Deutsche Demokraten, 15 Unabhängige, 5 Mitglieder der Deutschen Volkspartei und ein Mitglied der Christlichen Volkspartei.

Die Rechtssozialisten werden allein keine Mehrheit in der Kammer haben, zur Mehrheitbildung werden sie die Unabhängigen heranziehen müssen. Denn wenn sie den Versuch machen wollten, mit den Demokraten zusammen die Mehrheit zu bilden, dürfte ihnen auch der jetzt noch freigebliebene Teil ihrer Anhänger fortlaufen.

Auch bei den Wahlen in den beiden Neuch hat die Unabhängigen Sozialdemokratie auf abschneiden. Darüber liegen bisher nur folgende Ergebnisse vor:

Neuch, 3. Februar. Bei den Wahlen zum Landtag für Neuch ältere Linie sind gewählt: zwei Deutschnationale, vier Demokraten, zwei Mehrheitssozialisten und sieben Unabhängige.

Neuch (Neuch), 2. Februar. Der Landtag von Neuch jüngere Linie wird sich nach dem Ergebnis der gestrigen Wahlen zusammensetzen aus fünf Mitgliedern der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei, drei Demokraten und 13 Sozialdemokraten. Die Listen der beiden sozialdemokratischen Parteien und die der bürgerlichen Parteien waren verbunden.

Politische Nachrichten.

Als Nachfolger des Generalmajors v. Winterfeldt als Vorgesetzter der Deutschen Konsulatskommission in Spaa ist Generalmajor v. Gampelstein, derzeit Abteilungsleiter in Weich, berufen worden.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Hallesplatz. Direktion: Wilhelm Kaysser. 7 Uhr: Lili.

Opernhaus. 7 Uhr: Ein Maskenball.

Schauspielhaus. 7 Uhr: Gespenster. Direktion: Max Reinhardt.

Deutsches Theater. 7 Uhr: End das Licht scheint in der Finsternis.

Rommerspiele. 7 Uhr: Zum ersten Male! Narrenspiel des Lebens.

Kleines Schauspielhaus. Fasanstrasse 1, Portal 5. 7 Uhr: Die süddeutsche Pantomime. Dir.: C. Meinhard, R. Bernauer.

Theater i. d. Königgrätzer Str. 7 Uhr: Musik.

Komödienhaus. Schiffbauerdamm 23. 7 Uhr: Die tanzende Nymphen.

Berliner Theater. 7 Uhr: Sterne, die wieder leuchten.

Lessing-Theater. Direkt. Viktor Barnowsky. 7 Uhr: Der König. Mittwoch: Der Schöpfer. Donnerstag: Der König.

Deutsches Künstler-Theat. Allabendlich 7 Uhr: Nachtbeleuchtung.

Th. d. Friedrichstadt. Täglich 7 Uhr: Drei tolle Tage.

Trianon-Theater. Hof-Friedrichstr. 49/7, 2391. 7 Uhr: Der gute Ruf. Von Hermann Sautermann.

Resistenz-Theater. Täglich 7 Uhr: Das höhere Leben. Von Hermann Sautermann.

Central-Theater. 7 Uhr: Die Rose von Stambul.

Deutsches Opernhaus. 7 Uhr: Der Zigeunerbaron. Friedrich-Wilhelm-Theater. 7 Uhr: Hamlet.

Das Dreimäderlhaus.

Kleines Theater. 7 Uhr: Tabula rasa. Komische Oper. 7 Uhr: So war's im Märchenland.

Lustspielhaus. 7 Uhr: Die spanische Fliege.

Metropol-Theater. 7 Uhr: Die Fälschung. Neues Operettenhaus. Schillerstrasse 12. Täglich abends 7 Uhr: Die keusche Susanne.

Hamlet. 7 Uhr: Hamlet.

Polisiewirtschaft. 7 Uhr: Der Jucker.

Theater des Westens. 7 Uhr: Die lustige Witwe. 8 1/2 Uhr: Aschenbrödel.

Wald-Theater. 7 Uhr: Die goldene Brücke.

Casino-Theater. Lothringers-Str. 17. Täglich 7 1/2 Uhr: Die goldene Brücke.

Wintergarten. Das grosse Spezialitäten-Programm. Anfang 1/8 Uhr.

Eintritt frei! Lieban-Kabarett. Künstler-Diolo. Taschenstr. 34. Ab 4 Uhr: Orchester von 6-7 Uhr: das große Programm. Ab 7 1/2 Uhr: Tanz.

Soeben erschienen:
Unentbehrlich für alle Arbeiter- und Soldatenräte, Politiker, Tageschriftsteller usw.

Stenographische Berichte des Allgemeinen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands

vom 16. bis 21. Dezember 1918 zu Berlin.

216 Seiten Großfolio, gediegen kartoniert, Rednerverzeichnis, Inhaltsverzeichnis, Teilnehmerliste, Zusammenstellung aller Beschlüsse und sonstige Anlagen.

Preis M. 8.—.

Zu beziehen durch den Buchhandel oder gegen Voreinsendung bzw. unter Nachnahme vom Kongress-Büro des Zentralrats, Berlin, Herrenhaus, Zimmer 25.

Der Sozialist

(früher Sozialistische Auslandspolitik)

Unabhängige sozialdemokratische Wochenschrift

Herausgegeben von Dr. Rud. Breitscheid

Unter ständiger Mitwirkung von:

Ed. Bernstein, H. Block, H. Haase, K. Kautsky, A. Stein, H. Ströbel u. a.

Abonnement vierteljährlich 5.— M. Einzelnummer 50 Pf.

Bestellungen sind bei der nächsten Postanstalt oder bei den Speditoren und in der Expedition der „Freiheit“, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19, IV.

Mutter Erde

Der Film des Tages. Zeitgemälde in 3 Akten.

Uraufführung zur Zeit im Passage-Theater, Unter den Linden.

METROPOL Kabarett

Behrenstr. 53-56
Dir. Alex. Orzansky

Albe Holk
Norma & Fernand
Lanzigs? —
Dugson
Eli Glässner
Otto Röhr
Robert Steide
Gygyi-Konzerte

Vorzügl. Küche.

Apollo

Friedrichstr. 218.
Dir.: James Klein.
7. Sonntag 7 1/2 und 7 3/4.
Ein Theater-Ereignis!
Persönl. Auftreten d. weltberühmt. Kompon. GILBERT!
sowie ein großes Variété-Programm.

Kleine Anzeigen

30 Botenfrauen
sucht Spedition Paul, Lange Straße 14.

Botenfrauen

für die Freiheit stellt die Spedition Tempelhof Bartsch, Friedrich-Wilhelm-Str. 40, Hof part.

Oberschönhausen.
Abonnements auf die „Freiheit“ nimmt Raabe, Berliner Straße 13, an.

Botenfrauen

sucht Spedition Thorseller, Lübecker Straße 41.

Tüchtige Botenfrauen
für die „Freiheit“ sucht

Viets,
Raumerstr. 35.

Zeitung's-Ausdrägerinnen

werden vorgestellt in der Expedition der „Freiheit“, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19, 4 Treppen.

Botenfrauen

sucht Schutz, Friedenau, Rheinstraße 51.

Botenfrauen
verlangt Blänkle, Boppstrasse 1.

Platina
Gramm 10 Mk. Zahngelbes, Gold kunst. Frau Linke, Brückerstraße 44.

Botenfrauen

suchen jetzt täglich 10. Marie Böring, Berlin W, Rastauerstr. 10, 1. part.

2 Botenfrauen
zum Austragen der „Freiheit“ verlangt Hackbarth, Michelschloßplatz 2.

Als Opfer der Revolution starb am 1. Febr., mit 17 Jahren, von einer Kugel tödlich verwundet, mein lieber Mann, unser geliebter Sohn, Bruder u. Schwager, der Schüler Johannes Knippel im fast vollendeten 27. Lebensjahre. Dies zeigen selbstbetitelt an die Verwandten u. Bekannten Bertha Knippel u. Sohn, Luise Knippel u. Söhne. Die Beerdigung wird noch näher bekanntgegeben.

Allen Teilnehmern, insbesondere den A. Beirern der Kabinenmacher-Branchen, an der Beerdigung meines Mannes, un- vergesslichen Gasten, welcher durch Mörderhand am 1. Febr. von meiner Seite getötet wurde, und für die reichlichen Kranzspenden, sage ich hierdurch meinen herzlichsten Dank.

Bertha, Waisenstr. 15.
Wwe Luise Marx, Waisenstr. 15, Zimmer 20.

U. S. P. 1. Kreis

Außerordentl. Kreis-Generalsammlung

Montag, den 4. Februar, abends 6 1/2 Uhr, im goldenen Saal.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Arbeiterfrage.
2. Wahl eines Referenten.
3. Wahl der Delegierten i. d. Reichs- u. Provinz-Verammlung.

Wahlrecht: Mitgliederbuch als Legitimation vorzuzeigen.

Der Vorstand: J. K. K. K.

U. S. P. Neuföhr.

Montag, den 4. abends 6 Uhr: **Mitglieder-Verammlung** in der Passage-Strasse, Berlin.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu den Kommunalwahlen.
2. Festsetzung der Mandatloosen.

Schriftliche Beschlüsse erwartet.

Teilnahme an der Wahlversammlung aller gewählten Mitglieder im goldenen Saal.

Kellner Köche Hilfspersonal

erschient vollständig am Mittwoch, den 6. Februar 1919, pünktlich 11 Uhr vormittags, im Wasserwerkshaus, Kaiser-Wilhelm-Str. 1, 2. Stock, im 2. Stock.

Tagesordnung:

Interessante Enthüllungen des Genossen Ritter über: **Die Schuld am Kriege. Freie Ausprüche.**

Das Propagandakomitee der Gewerkschaften (U.S.P.) J. K. K.

U. S. P. Charlottenburg.

Montag, den 4. Februar, abends 7 1/2 Uhr: **Außerordentlicher Jahlabend** in allen Gruppen.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Tätigkeit der Gruppe.
2. Bericht über die Tätigkeit der Gruppe.
3. Bericht über die Tätigkeit der Gruppe.
4. Bericht über die Tätigkeit der Gruppe.
5. Bericht über die Tätigkeit der Gruppe.
6. Bericht über die Tätigkeit der Gruppe.
7. Bericht über die Tätigkeit der Gruppe.
8. Bericht über die Tätigkeit der Gruppe.

Der Vorstand.

Zentralstelle für die Tätigkeit der Sozialdemokratie.

Montag, den 4. Februar, abends 7 Uhr pünktlich in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Weinstra. 16.

Große öffentl. Versammlung

Die Notwendigkeit und Möglichkeit der Vereinigung der Sozialdemokratie.

Gastredner: Richard Bartsch, (U.S.P.) Dr. C. Kautsky, (U.S.P.)

Freie Ausprüche

Zum 100. Geburtstag des Genossen Kautsky.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein 5. Kreis

Montag, den 4. Februar, abends 7 1/2 Uhr: **Außerordentl. Generalversammlung** in der Passage-Strasse 11.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Tätigkeit der Gruppe.
2. Bericht über die Tätigkeit der Gruppe.

Der Vorstand.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands

Verwaltungsstelle Berlin.

Am Freitag, den 7. Februar 1919, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 10:

Vertrauensmänner-Versammlung der Holzbranche

Tagesordnung:

1. Unser 6-Stunden-Tag.
2. Werkstatteingangszeiten.
3. Verschiedenes.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Die Branchen-Kommission.

Achtung! Die Versammlung kann erst am Freitag, den 7. Februar, stattfinden.

Achtung! Freiheit-Spedition. Achtung! Versammlung

am Montag, den 4. Februar, abends 7 Uhr, im Saal des Wälders, Weinstra. 16.

Tagesordnung:

Rechte und Pflichten der Speditionen, Organisation und Bericht.

Die Spedition der Freiheit ist jetzt in der Passage-Strasse 11.

Freie Jugend Groß-Berlin.

Die älteren Genossen der Gruppe Osten und Peterborough werden zu einer Versammlung am Montag, den 4. Februar, abends 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Peterborough-Str. 10, im 2. Stock, eingeladen.

Genossen und Genossinnen der anderen Gruppe sind herzlich willkommen.

Achtung Charlottenburg!

Die Spedition der Freiheit befindet sich Wollstraße 68 bei Lorenz.

Die Tribüne

ist während der ganzen Kriegsdauer verboten gewesen.

Kan lese in der heute erscheinenden Nr. 3 den Heftartikel:

Lebt! Hoffe! Zugewandert oder ist sie tot?

Preis 10 Pf.

Verlag der Tribüne
Friedrich-Wilhelm-Str. 15, Zimmer 20.

Bekanntmachung

betreffend

Einreichung von 144 Wahlvorschlägen für die Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Berlin.

Auf Grund der Verordnung über die anderweitige Regelung des Gemeindewahlrechts vom 21. Januar 1919 ist der Termin für die Einreichung der Wahlvorschläge für die Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Berlin auf

Samstag, den 23. Februar d. J.,
von vormittags 9 bis nachmittags 5 Uhr,

festgesetzt.

Für die Vornahme dieser erstmalig stattfindenden Wahlen ist die Wahlordnung für die wahlberechtigten preussische Landesverordneten mit der Maßgabe anzuwenden, daß an Stelle des Wahlkommissars der in den Gemeindeverordnungen festgesetzte Wahlvorstand tritt. Bei den erstmaligen Wahlen sind die Wahlvorschläge zur preussischen Landesverordnetenversammlung zu verwenden. Die Mitglieder der Gemeindeverordnetenversammlung werden in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundzügen der Verhältnisse gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme.

Wahlberechtigt und wahlfähig sind alle im Besitze der deutschen Reichsbürgerrechte befindlichen Männer und Frauen, welche das 20. Lebensjahr vollendet haben und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen ist

1. wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht,
2. wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte beraubt ist.

Es sind 144 Stadtverordnete zu wählen.

Die Stadt Berlin bildet für die Wahlen einen Wahlkreis. Die Wahlberechtigten werden hierdurch aufgeführt, die Wahlvorschläge an das Wahlbüro des Magistrats, Straußestra. 42/45, I. Berlin S. 2 bis spätestens 16. Februar 1919

zur Prüfung und zur öffentlichen Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge einzureichen. Der Wahlvorschlag ist eintraglich mit den Wahlvorschlägen zu versehen. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 100 im Wahlkreis zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein. Die Unterzeichner sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Namens oder Standes und ihrer Wohnortangabe beifügen. Gleichzeitig mit den Wahlvorschlägen sind Bescheinigungen der Gemeindeverordneten (Wahlbüros des Magistrats) vorzulegen, daß die Unterzeichner in die Wählerliste aufgenommen worden sind. Die Wahlvorschläge dürfen nicht mehr als 144 Namen enthalten. In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Ruf- und Familiennamen angegeben und ihr Stand oder ihr Beruf sowie ihr Wohnort so deutlich angegeben werden, daß über ihre Personlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzufügen. In der Stadt Berlin darf der Bewerber nur einmal vorgeschlagen werden.

Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden. Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend spätestens am 16. Februar 1919 bei mir schriftlich erklärt werden.

Verbundene Wahlvorschläge können nur gemeinlichlich zurückgenommen werden. Die verbundenen Wahlvorschläge gelten den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag.

Jeder Wahlvorschlag hat nur eine Gruppe von verbundenen Wahlvorschlägen, angeben.

In jedem Wahlvorschlag soll ein Vertrauensmann bezeichnet werden, der für die Verbindungen mit dem unterzeichneten Komitee zur Aufnahme des Wahlvorschlags sowie zur Abgabe und Abnahme von Verbindungsbescheinigungen beauftragt ist. In derselben Weise kann ein Stellvertreter des Vertrauensmannes bezeichnet werden.

Fehlt die Bezeichnung des Vertrauensmannes, so gilt der erste Unterzeichnete als solcher.

Berlin, den 3. Februar 1919.

Der Kommissar des Magistrats.
Rehning, Stadtrat.

Bekanntmachung

betreffend

die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung in Berlin.

Der zum Abgeordneten für die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung für die Wahlkreis Berlin ernannte Staatssekretär Philipp Scheidemann hat die Wahl abgelehnt. Der Wahlkreis hat in der heutigen Sitzung des Magistrats einen Ersatzmann ernannt, der die Wahl abgelehnt hat. Der Wahlkreis hat in der heutigen Sitzung des Magistrats einen Ersatzmann ernannt, der die Wahl abgelehnt hat.

Die Wahlen sind für den 16. Februar 1919, Sonntag, im Gewerkschaftshaus, Saal 10, anberaumt.

Der Kommissar des Magistrats.
Rehning, Stadtrat.

Achtung! Lichtenberg!

Die Spedition Engel befindet sich jetzt Noltestr. 23, Ecke Alt-Boxhagen.

Spezial-Behandlung

von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art

bei Männern und Frauen. Herbarien, Syphilis, Malaria, Flechten, Beinflecken, Harnwegsleiden, Nieren-, Blasenleiden usw. nach

Primararzt Dr. Hermann's eigenem Rezept. Die Behandlung ist schnell, schmerzlos, ohne Operation u. Rezidivgefahr. Auch Anwendung der wissenschaftl. merkannten u. bewährten Mittel. Kostlos. Auf Wunsch Spezial-Behandlung.

Dir. Hermann's
Friedrichstr. 42, I. (4. Mißv. Str. Hallesbr.)
Sprechst. 10-12 Uhr, 1-3 Uhr, 5-7 Uhr.
Sonnt. v. 10-11 Uhr vorm.

2 möblierte Zimmer

für Bürozwecke geeignet bei Gensowen gesucht. U.S.P. Exp. Freiheit.

Wohnung in der Nähe
zu verpachten. Gensowen, Neue Wollstraße 2, im 1. Stock.

Lichtenberg

Die Spedition Taddorfer Straße 3 (Preis) ist verlegt nach

Taddorfer Straße 25
(Reisewitz).

Eisernen Ofen,
Kinderwagen verk. alt. Baars, Neukölln, Neustädterstraße 11.

Tauben
Große Auswahl verkauft G. Hanka, Saarbrücker Str. 14.

Achtung Wittenau!

Die Arbeiter der Firma Kollé & Hensele

Versammlung Dienstag, den 4. 2. 19, nachm. 4 Uhr, bei Richard Schütz.

Papierwaren-Handlung
und Tredepressen-Handlung
ständiger Lagerung billig zu verkaufen.
Lichtenberg, Schillerstr. 16